

KONFLIKTE UND MINDERHEITEN

1. VOM GEBRAUCH DES WORTES MINDERHEIT

Das Reden von Minderheiten ist automatisch ein Reden von Konflikten (es soll hier nur um Minderheiten in Mitteleuropa gehen; zu den Gründen für eine solche Eingrenzung s. Eichinger 1983). Denn im wesentlichen ist Minderheit definiert als ein "negativer" Gegenbegriff zu dem der Mehrheit (vielleicht gilt das noch mehr für *Minorität*. Das, und die Verhältnisse zwischen den beiden deutschsprachigen Termini soll aber hier nicht besprochen werden). Die, wenn man so will, ursprüngliche Bedeutung einer 'Bevölkerungsgruppe geringerer Zahl' ist von Anfang an von dem Begriff der Benachteiligung überlagert. Das geht soweit, daß dieser Aspekt sogar wichtiger werden kann als die Zahlenverhältnisse (s. Nelde 1987: 39/40 zur flämischen Minderheit in Belgien). In der politischen Diskussion ist die Minderheit im Prinzip eine "unterdrückte Minderheit". Dafür spricht auch sowohl Zeit wie Art des Aufkommens dieses Begriffes in der deutschen Sprache. In lakonischer Kürze resümiert Kluge (1975:479) die *communis opinio* der Wörterbücher:

Minderheit f. Für *Minorität*, das aus frz. *minorité* während der Revolution zu uns gelangt und seit 1792 zu belegen ist (...) bucht Kramer 1787 *Minderkeit*. Campe setzt *Minderheit* durch (...). Daß Notker um 1000 ahd. *minnirheit* für mlat. *minoritas* gebildet hatte, wußten beide nicht.

Tatsächlich also beginnt man von *Minderheiten* zu dem Zeitpunkt zu reden, als "die geringere Zahl" politisch interessant wird, unter dem Signal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Denn natürlich ist es erst dann, wenn Mehrheitsentscheidungen das bestimmen, was gut und richtig ist, interessant, zur Mehrheit bzw. schmerzlich, zur Minderheit zu gehören. Nun ist das allerdings - und darauf verlassen sich die Spielregeln unserer Demokratie - nicht sehr bedenklich, wenn die Zugehörigkeit zur Mehrheits- oder Minderheitsgruppe je nach aktueller Interessenlage wechselt, d.h. nicht an ein unveränderliches Merkmal einer Personengruppe geknüpft ist. Dem ist leider nicht so: und für unser Thema ist es nicht folgenlos, daß zu dem für Mitteleuropa entscheidenden Zeitpunkt die "Richtigkeit" und Zuverlässigkeit der nationalen Identität direkt mit der Beherrschung der nationalen Sprache in Beziehung gesetzt wird. Bekannt sind die Grundsätze der Sprachpolitik der Französischen Revolution, wie sie beim Abbé Grégoire ausformuliert sind (vgl. Eichinger 1989a:54). Hier werden, ironischerweise unter direktem Bezug auf Herders Ideen vom Volksgeist, mit den einzelnen Sprachen bzw. den

sie sprechenden Völkern ganz unmittelbar verschiedene Haltungen verbunden. Alle minoritären Sprachformen Frankreichs repräsentieren dabei Übles, das Deutsche ohnehin - nämlich die Reaktion, lediglich das Französische ist, aufgrund seiner unbestreitbarer Logik, die Sprache der Freiheit, damit Signal dafür, zu der tragenden Gruppe der neuen Gesellschaft, zur Mehrheit eben, zu gehören. Und so ist man denn auch nur dann gleich und brüderlich oder zumindest so richtig gleich und brüderlich, wenn man die Sprache der Freiheit spricht. Durch diesen geschickten historischen Trick gelang es, die seit längerem postulierte Universalität des Französischen auch unter geänderten politischen Vorzeichen weiter im Panier zu führen. Die Gleichsetzung von nationaler und staatlicher Einheit aufgrund der Spracheinheit und die Gradierung des Werts der Sprachen bringen es erst mit sich, daß aus dem Minderheitenstatus der Wenigen ein minoritärer Status der Benachteiligten wird (Daß das Bewerten von Sprachen und dem dahinterstehenden Denken keine französische Besonderheit ist, weiß zumindest jeder Leser W.Schlegels oder auch W.v. Humboldts; s.Eichinger (1989c)). Freiheit und Gleichheit sind unter diesem Konzept nur im Anschluß an die Mehrheit, die Mehrheitssprache, möglich (für die weitere Entwicklung ist hierbei auf die Differenzierung zwischen *Volk* und *Nation* zu achten; vgl. Sontheimer 1989:197).

2. MINDERHEIT ALS POTENTIELLES STAATSVOLK

Sobald aber die damit verbundene Abwertung der kulturellen Identität, die sich in der minoritären Sprache repräsentiert, von den Sprechern dieser Sprachen nicht akzeptiert wird, ja eigentlich nicht akzeptiert werden kann, ist der Konflikt die unausweichliche Folge dieser Minderheiten-Definition. Und das deshalb, weil auch von der Seite der Minderheit nicht behauptet wird, die Gleichsetzung von unterschiedlicher Sprache und unterschiedlicher Identität sei zu simpel, und daher bestünde kein Zwang, die sprachlichen und staatlichen Grenzen aufeinander abzustimmen. Tatsächlich aber besteht zu dieser Zeit offenbar keine alternative Ideologie zu dieser Gleichsetzung von Sprachnation und Staatsvolk. So ist jede solcherart konstituierte Minderheit ebenfalls ein potentieller Staat, d.h. ein potentieller nationaler Konkurrent. Vor allem da im Laufe des 19. Jahrhunderts das Konzept einer individuellen "pursuit of happiness" eher durch ein Konzept der nationalen Gruppen-Gleichberechtigung ersetzt wird. Nun hat in der Zwischenzeit eine derart einfache nationale Ideologie weithin abgewirtschaftet, ohne daß mit dem Minderheitenkonzept ein ähnlicher Wandel vor sich gegangen wäre. Es ist ein wohlfeiler Gemeinplatz, daß die Geschichte niemals mehr das ist, was sie schon einmal war. Dennoch muß man versuchen, daraus Folgerungen zu ziehen. So war es unter den angedeuteten Voraussetzungen des 19. Jahr-

hunderts ein guter, vielleicht sogar der einzig denkbare Rat an eine Minderheit, auch eine "Mehrheit" zu werden, an die eigene Nation einen eigenen Staat anzuhängen. Man kann andererseits heute nicht guten Gewissens einfach denselben Rat geben. Dabei ist unbestritten, daß unsere mitteleuropäische Welt nach wie vor nationalstaatlich organisiert und geprägt ist. Dennoch sind zumindest zwei Punkte zu beachten: ein nunmehr seit fast 200 Jahren wirksames Konzept wie das der nationalstaatlichen Organisation schafft in dieser Zeit seine eigenen Sachverhalte, ist auch ein Ideologieträger und damit mehr als nur ein praktisches Organisationsmuster. Es verdankt seine Überlebensfähigkeit einerseits den geschlossenen Kompromissen, andererseits aber auch seiner fakten-setzenden Existenz. Das heißt auch, daß es trotz veränderter Umgebungsbedingungen die einmal gefundene Lösung als eine mehr oder minder unreflektierte Vorgabe tradiert (vgl. Stark 1989: 150, wo eine entsprechende Überlegung Max Webers referiert wird).

Für die Sprache heißt das Mehreres. Zum ersten: Das Nationalstaatsprinzip hat immerhin zur Folge, daß die zentralen Gebiete der heutigen Staaten eindeutig von Bevölkerungsgruppen bewohnt werden, die im mündlichen und schriftlichen Gebrauch die Staatssprache benutzen. Historisch autochthone anderssprachige Gruppen befinden sich gerne in den Grenzregionen der Nationalstaaten; das heißt auch, sie nehmen teil an dem Schicksal, das die Grenzregionen der Nationalstaaten in diesem Entwicklungszeitraum überhaupt betrifft. Die industrielle Entwicklung, die diesen historischen Zeitraum in Europa prägt, findet nicht in den Grenzregionen statt. Vielmehr holt der Sog der Zentren, der Städte, die Bewohner der Ränder in die Agglomerationen, wo der Alltag in der Sprache des Staats abläuft. Und selbst wenn sich hier, wie das zum Beispiel von den Burgenländer Kroaten bekannt ist, die in Wien ihre Arbeit suchen, diese Pendler bei der Arbeit in der Stadt wiederfinden, trägt das doch eher zum Stillstand im Ausbau dieser Sprache bei: sie wird mehr und mehr die Sprache der Intimität, der privaten Situation.

3. MINDERHEIT ALS (INTERESSEN-)GRUPPE

Zum anderen hat die sprachliche Fundierung des ethnischen Nationalismus doch an Durchschlagskraft verloren. Wenn man annimmt, daß Konflikte zwischen Mehrheit und Minderheit ihren Grund in der Fremdheit der intern nach ihrem eigenen System interagierenden anderen Gruppe haben, so kann man feststellen, daß die sprachliche Differenz bei den heutigen mitteleuropäischen Minderheiten nicht ausreicht, um die Fremdheit andersartiger gesellschaftlicher Interaktion zu signalisieren. Zwar unter Kämpfen, aber doch, bildete sich die Erkenntnis heraus, daß zumindest bei den mitteleuropäischen Verhältnissen Freiheit und Gleichheit zwischen Gruppen, die sich durch Merkmale unterscheiden, die von den jeweils Gruppenangehörigen als

kritisch angesehen werden, auch *innerhalb* einer staatlichen Einheit gelöst werden können.

Allerdings hat sich für diese Art des minoritären Diskurses noch keine allgemein akzeptierte Lösungsmöglichkeit gefunden, kein sicherer und akzeptierter Weg, der bei Schutz der Minderheit die Verträglichkeit mit der Mehrheit mit im Auge zu behalten versucht. Vor allem aber hat durch den Verlust der Zugkraft einer nationalen Konzeption das Merkmal "Sprache" dramatisch an Bedeutung verloren. Beides steht damit im Zusammenhang, daß man sich nicht darüber im klaren ist, als welchen Typ von *sozialer Bewegung* man den Kampf der Minderheiten um ihre Gleichberechtigung anzusehen habe (vgl. Touraine (1989), als ein Beispiel auch Brauns (1989)). Es ist vielleicht natürlich, zumindest aber verständlich, wenn hierbei zunächst nach der umfassendsten Konflikt-Konstellation als Interpretationstyp gegriffen wurde, nämlich zum Muster des zentralen gesellschaftlichen Konflikts. Als einer seiner Paradefälle gelten "die nationalen Befreiungsbewegungen, die sich gegen Fremdherrschaft richten, ob man diese nun kolonial nennt oder nicht" (Touraine 1989:250). Eine solche Interpretation der Lage der sprachlichen Minderheiten liegt insofern nahe, als sie sich direkt an das traditionelle nationale Muster anschließen läßt. Dennoch ergibt sich in dieser Interpretation ein Dilemma. Solange die unterschiedliche Sprache als Merkmal einer unterschiedlichen Identität, einer unterschiedlichen Weltansicht gelten konnte, konnte die Gründung eines eigenen Nationalstaates als eine alternative Konzeptualisierung von gesellschaftlicher Modernisierung oder Entwicklung gelten. Mit dem Schwund an Geltung, das dieses Merkmal mitmacht, läßt sich entweder die soziale Emanzipationsbewegung einer sprachlichen Minderheit sozusagen eine Stufe weniger grundsätzlich angehen oder das qualitative Identitätsmerkmal wechseln. Der erste Fall würde bedeuten, man betrachtet das Erkämpfen von Rechten für sprachliche Minderheiten, das Verfechten sprachlich-regionalistischer Konzeptionen als den historisch zwar neuen, aber inzwischen doch wohl akzeptierten Fall der "politischen Druckausübung" (Touraine 1989:250).

Dieser Fall, wo eine Minderheit die ihr zustehenden Rechte *innerhalb* einer gesellschaftlichen Organisationsform zu erkämpfen unternimmt, hat in den westeuropäischen Staaten und den USA insbesondere seit den studentischen Unruhen der späten 60er Jahre mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Wenn man die Interpretation unserer Minderheitenkonflikte auf dieser Ebene akzeptiert, verlieren die Konflikte prinzipiell viel von ihrer Schärfe.

4. SPRACHE UND ANDERE IDENTITÄTSMERKMALE

Im zweiten Fall werden, um diese "Säkularisierung" zu vermeiden, mehr und mehr verschiedene, schlecht faß- und ordenbare Konzepte entwickelt, die *doch* eine qualitative Verschiedenheit der Minderheitslösung und der Mehrheitslösung für das gleiche gesellschaftliche Problem suggerieren sollen. Diesen Versuch einer Reideologisierung einer politischen Auseinandersetzung zu einem zentralen gesellschaftlichen Konflikt bemerkt zum Beispiel auch der durch das demokratische Spanien reisende journalistische Essayist des Buches "Ach, Europa!", Hans Magnus Enzensberger. Von der Zentrifuge, also den den Staatsverband sprengen wollenden neuen Nationalismus in Spanien schreibt er:

"Jahrzehntelang," schreibt der Ketzer und Essayist Fernando Savater, "haben wir unter der pathetischen Geistesverwirrung und der spätimperialen Arroganz gelitten, die das unwahrscheinliche Wesen Spaniens uns auferlegte. Jetzt aber sehen wir uns mit dem ebenso unwahrscheinlichen Wesen des Baskenlandes, Kataloniens, Andalusiens und Galiziens konfrontiert. Morgen wird es soweit kommen, daß wir uns über die unsterbliche Essenz von Zaragoza oder über die historische Verpflichtung streiten, die es mit sich bringt, in Fuengirola geboren zu sein [...] Ich weiß nicht, 'aber mir kommt das alles wie Zeitverschwendung vor.'"

Jeder von uns möchte was ganz Besonderes sein, um so mehr, je weniger er sich von seinem Nächsten unterscheidet, jedes Kuhdorf hat seinen Heimatstolz und möchte sich über das Nachbardorf erheben. Das sind Wünsche, die in einer banalen Welt verständlich sind, vielleicht sogar legitim; aber lassen sie sich erfüllen, indem sich jeder Gesangsverein aufführt, als wäre er der Vietcong? Die schrillen Töne der Autonomisten parodieren die Rhetorik der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Ich kann mir über ihre Beweggründe kein Urteil erlauben, aber jeder Pauschaltourist dürfte in der Lage sein festzustellen, daß Galizien kein zweites Nicaragua ist und Katalonien kein zweites Afghanistan. Selbst für das Baskenland schienen mir solche Vergleiche etwas hochgegriffen. (437/38)

Eine Folge des hier in essayistischer Pointierung beschriebenen Effekts ist, daß man eigentlich keine inhaltliche Definition für "Minderheit" mehr geben kann:

The term *minority* has no universal definition. *Minority* is not only used by ethnic, migrating, social or religious groups but 'also in totally different language group contexts. (Nelde 1987:39)

Wenn man annimmt, daß Konflikte zwischen Mehrheit und Minderheit ihren Grund in der Fremdheit der intern nach ihrem eigenen System interagierenden anderen Gruppe haben, so kann man feststellen, daß die sprachliche Differenz bei den heutigen mitteleuropäischen Minderheiten nicht ausreicht, um die Fremdheit andersartiger gesellschaftlicher Interaktion zu signalisieren.

Peter Nelde hält das für einen von fünf Gründen, aus denen man auf diesen Begriff überhaupt verzichten solle. Man kann tatsächlich darüber reden,

welcher Erkenntnisgewinn seine Verwendung bei der angedeuteten Vagheit dieses Begriffs verspricht. Fraglich erscheint jedoch, ob mit einer terminologischen Neutralisierung eine gleichmäßigere Einschätzung von Mehrheits- und Minderheitssprache zu erreichen wäre. Man müßte auf jeden Fall ein Mittel und Redeweisen haben, die es erlauben, zu beschreiben, welche Art von Minderheits-Konzeption auf bestimmte mehrsprachige Situationen anwendbar ist, und welche Rolle für die Gruppenidentität dabei die Sprache spielt. Daß dabei neben die objektiv erhebbaren Befunde gleichberechtigt die Selbsteinschätzung der betroffenen Gruppe tritt, macht die Sache nicht einfacher, vor allem, wenn Diskrepanzen zwischen den erhebbaren Daten und ihrer internen Wahrnehmung und Interpretation bestehen. Gerade bei den "militantesten" Minderheiten besteht die Tendenz dazu, objektivierbare Merkmale der Zugehörigkeit zur jeweiligen Ethnie nicht für beweiskräftig zu erklären und attitudinale Faktoren in den Vordergrund zu stellen. Nochmal Enzensberger:

Die Tageszeitung *Egin* ist das Sprachrohr des marxistisch-leninistisch geprägten Separatismus in Euskadi. Kritik an den Handlungen der ETA ist von ihr nicht zu erwarten. Das Blatt tritt für die Hegemonie der Euskara ein, aber vier Fünftel der Texte sind in spanischer Sprache abgefaßt. Eine Zeitung, die das Baskische auf baskisch propagieren würde, wäre unverkäuflich. Ihr Direktor sagt: Die einzig wahre Differenz zwischen uns und den Spaniern besteht in unserer Kultur. Sie ist wichtiger als die Souveränität. (436)

Selbst unter diesem Konzept aber fällt es schwer, die Verhältnisse zwischen mitteleuropäischen Minderheiten und Mehrheiten als zentralen gesellschaftlichen Konflikt zu interpretieren. Das gilt vor allem aus dem Grund, daß auch innerhalb der existenten Nationalstaatskonzeption die "Ausrichtung auf den Nahbereich" [. . .] "die Besinnung auf Provinz und Heimat - Urständ zu feiern" (de Weck 1989: 201) scheint. Diese Neuorientierung folgt wohl der Erkenntnis, "daß der Nationalstaat für die kleinen Probleme zu groß und für die großen Probleme zu klein geworden ist." (ebd.) Mit dieser Entwicklung aber gewinnen Strategien an Bedeutung, die den Ausbau von Rechtspositionen innerhalb der existierenden staatlichen Organisationsformen zum Ziel haben. Unbestreitbar scheint - leider - jedoch auch, daß die Wahrscheinlichkeit, im Rahmen des alten Nationalstaates nach dem Muster "politischen Drucks" Ergebnisse zu bekommen, desto größer ist, je eher man den Eindruck erweckt, man wolle und könne eine nationalistische Loslösung betreiben. Die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit dieses Mittels hängt nun auch von weiteren Faktoren ab: wichtig ist etwa, ob sich die minoritäre Gruppe in der Bevölkerung an einen ethnisch "verwandten" Nationalstaat anschließen kann.

5. PRAKTISCHE FOLGEN

Gerade in Minderheiten, die sich mit verwandten Nachbarvölkern zu identifizieren in der Lage sehen, ist daher der Streit, ob die Situation nach dem "politischen Druck" - oder dem "zentralen Konflikt"-Modell zu lösen ist, oftmals heftig. Ein Beispiel dafür ist der Streit innerhalb der Südtiroler Minderheit darum, wie die über das Konzept des politischen Drucks erzielten Ergebnisse des Kampfes der Minderheit um ihre Rechte einzuschätzen seien. Wenn man sie als Erfolg einschätzt, hat man im wesentlichen die "nationale" Fundierung des Minderheits-Begriffs hinter sich gelassen. Der Streit darüber zeigt, daß es hier im Sinne unseres Themas auch um die grundsätzliche Frage geht, ob man die Sprache weiterhin als ein Symbol für das minoritäre Bewußtsein verwenden kann, wenn die Praxis des Sprachgebrauchs eher Züge einer nicht minoritär geprägten Zweisprachigkeit angenommen zu haben scheint. [Diese Lage scheint in Südtirol erreicht, der Max Webersche Beharrungseffekt scheint sich hier darin zu zeigen, daß die Existenz von Minderheitenschutzinstitutionen als Garant für die Selbsteinschätzung als sprachliche Minderheit genommen wird. Dieser Sachverhalt würde auch auf ungewohnte Weise erklären, warum zum Beispiel die strikte "Gleichsprachigkeit" der Schulanfänger dogmatisch gehandhabt werden muß].

Vielleicht würde ein Vergleich mit den jugoslawischen Verhältnissen zeigen - ich weiß aber nicht genug darüber - , daß hiermit nicht eine freischwebende mögliche andere Interpretation der Minderheit angesprochen ist, sondern eine "postnationale", aus der nationalen Erfahrung entstandene. Denn die politischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien reflektieren eindeutig eine nationale Interpretation der eigenen Mehrheits- oder Minderheitsrolle innerhalb eines Staats, der sich dezidiert anders definiert.

Einen anderen - der schmerzlichen geschichtlichen Erfahrung abgerungenen - Weg gehen offenbar Minderheiten wie die elsässische; bei ihnen hat sich im historischen Verlauf der nationalen Phase der Charakter des identitätssichernden Merkmals Sprache so weit verwandelt, daß eine quasi-nationale Interpretation der eigenen Lage auf dem Grund der sprachlichen Identität nicht mehr möglich ist. In diesem Sinn ist es gewiß nicht zufällig, daß erst jetzt dort begonnen werden kann, über die Sprache als simples gruppenbildendes Merkmal zu sprechen. Frédéric Hartweg bringt in einem gerade erschienenen Essay diese Argumentation auf den Punkt:

Erst spät - so schreibt er - artikulierten die Elsässer ihr Befremden darüber, daß ihnen das Verleugnen ihrer Sprache als Gradmesser ihres Patriotismus zugemutet wurde. (Hartweg 1989: 112)

Das repräsentiert die "moderne" Interpretation eines in der nationalen Interpretation unlösbaren Konflikts. Und wenn Hartweg einige Zeilen nach der gerade Zitierten Stelle davon spricht, "der Prozeß der sprachverschlingenden

und akkulturierenden Normalisierung [sei] trotz einiger Anzeichen größerer Konvivialität der Sprachen weit fortgeschritten", so scheint nicht der geschilderte Tatbestand überraschend, sondern vielmehr die adversative Verknüpfung zwischen den beiden Aussagen. Man mag es wohl bedauern - und vermutlich steht das "trotz" hier wegen dieses Bedauerns - aber, wie die Geschichte des Elsaß unter nationalen Interpretationsvorzeichen gelaufen ist, ist eine moderne Interpretation wohl nur unter Verzicht auf den Einbezug der sprachlichen Form möglich, deren Wortführer die nationale Interpretation zum blutrünstigen Exzeß trieben, der deutschen Hochsprache also. Solange das nicht geschehen war, war es offenkundig fast unmöglich, sich selbst als eine Gruppe im Staat zu präsentieren, die im Sinne ihrer eigenen - internationalen - Ziele politischen Druck macht. Auch hier geht offenbar der politische Weg dahin, sich nicht so sehr als eine *sprachliche* Minderheit zu präsentieren, sondern als eine Grenzlandpopulation eigener Kultur, zu deren Charakteristika auch die Sprache gehört. So etwa könnte man zum Beispiel entsprechende Äußerungen der neuen Straßburger Bürgermeisterin verstehen. Auf dieser Basis ist gegenüber der Mehrheit dann auch die Erlaubnis durchsetzbar, den dadurch gegebenen Vorteil bei der Erlernung der benachbarten Hochsprache zu nutzen.

6. SCHLUB

Die hier vorgetragenen Überlegungen legen nahe, daß das wissenschaftliche Reden über "sprachliche Minderheiten" in Mitteleuropa einer unangemessenen Zeitverschiebung erliegt. Denn das übliche Reden von sprachlichen Minderheiten impliziert stillschweigend ein nationales Minderheitenkonzept, dem kurioserweise die 200jährige Geschichte des - unitaristischen - Nationalstaatskonzepts als Erfolgsrezept den Garaus gemacht hat. Ungeachtet der politischen Wünsche der Minderheiten wäre es für die wissenschaftliche Beschreibung hilfreich, von dem damit implizierten Konfliktmodell zu Analyseziwecken abzurücken und zu einem moderneren Modell sprachen- und minderheitenpolitischer Auseinandersetzung zu kommen, das die Rolle der Sprache innerhalb einer Vielzahl wirkender Faktoren genauer zu erfassen versucht.

LITERATUR

- Patrick Brauns, Versuch eines konstruktiven Nachrufs auf das Okzitanische. In: Nelde (Hg.) 1989, S.57-66.
- Florian Coulmas, Sprache und Staat: Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik. Berlin/ New York: de Gruyter 1985.

- Ludwig M.Eichinger, Die Grenzen der Vergleichbarkeit - Mehrsprachigkeit in Europa und Afrika. In: Peter H.Nelde (Hg.), Vergleichbarkeit von Sprachkontakten. Bonn: Dümmler 1983, S.17-29
- Ludwig M.Eichinger, Einleitung. In: Hinderling 1986, S.XI-XXII.
- Ludwig M.Eichinger, Die Dialekte und Regionalsprachen und ihr Verhältnis zur Hochsprache. Die Lage in Deutschland und Frankreich. In: Manfred Hättich/ Paul Dietmar Pfitzner (Hg.), Nationalsprachen und die Europäische Gemeinschaft. München: Olzog 1989, S.53-63. [= 1989a]
- Ludwig M.Eichinger, Symbolschlacht - oder: Was ist ein reiner Sprachkonflikt? In: Nelde (Hg.) 1989, S.129-140. [= 1989b]
- Ludwig M.Eichinger, Von Leuten, die nicht bis drei zählen können. Zum Weltbild der Sprache. In: Jahrbuch DaF 15, 1989, S.30-49. [= 1989c]
- Ludwig M.Eichinger/ Ralph Jodlbauer, On Comparing Multilingual Societies: The Linguistic Situation of the Slavic Minorities in the Republic of Austria. In: Journal of Multilingual and Multicultural Development 8, 1987, S.133-146.
- Hans Magnus Enzensberger, Ach Europa! Frankfurt/M.: Suhrkamp 1986.
- E.C.Francis/ Hermann Raschhofer, Minderheiten. In: Staatslexikon: Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hg. v. d. Görresgesellschaft. Band 6. Freiburg: Herder 1961, Sp.715-725
- Frédéric Hartweg, Das Elsaß: Stein des Anstoßes und Prüfstein der deutsch-französischen Beziehungen. In: Leenhardt/Picht 1989, S.107-113.
- Robert Hinderling (Hg.), Europäische Sprachminderheiten im Vergleich. Deutsch und andere Sprachen. Stuttgart: Steiner 1986 (=Deutsche Sprache in Europa und Übersee 11).
- Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 21.Auflage. Berlin/ New York: de Gruyter 1985.
- Jacques Leenhardt/ Robert Picht (Hg.), Esprit/Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen. München, Zürich: Piper 1989.
- Peter H.Nelde, Language Contact means Language Conflict. In: Journal of Multilingual and Multicultural Development 8, 1987, S. 33-42.
- Peter H.Nelde (Hg.), Historische Sprachkonflikte. Bonn: Dümmler 1989 (=Plurilingua VIII).
- Kurt Sontheimer, Nation. In: Leenhardt/Picht 1989, S.195-199.
- Joachim Stark, Sprache als Variable ethnischen Bewußtseins. In: Nelde (Hg.) 1989, S.141-152.
- Alain Touraine, Soziale Bewegungen. In: Leenhardt/Picht 1989, S. 248-253.
- Roger de Weck, Vaterland-Heimat-Nation. In: Leenhardt/Picht 1989, S.199-202.